

14.03.2024

PKS Zahlen – DPoIG besorgt um Sicherheit der Städte

Die Deutsche Polizeigewerkschaft im dbb (DPoIG) zeigt sich besorgt nach der Veröffentlichung der aktuellen Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2023 in Bremen.

„Zwar ist der Anstieg von knapp 15.000 Vorgängen auch einer konzentrierten Abarbeitung der Halde geschuldet, aber insbesondere die aktuellen Eingangszahlen des Vorjahres sind besorgniserregend.“ so Bernard Soika, Landesvorsitzender der DPoIG.

So sind nach Angaben der DPoIG über 10.000 aktuelle Vorgänge mehr für die personell unterbesetzte Bremer Polizei nicht mehr in Gänze abzuarbeiten. Diese Vorgänge sind die tatsächlich neu eingegangenen im Vorjahr, es handelt sich um die sogenannte Tatzeit PKS.

„Ein starker Anstieg der Gewalttaten wie Körperverletzung und Raub von zum Teil über 70% sind deutliche Zeichen, dass die Arbeit über dem Limit vieler Kolleginnen und Kollegen nicht mehr ausreicht. Bei einer qualifizierten Halde von über 21.000 Fällen trotz eines enormen Aufwands in diesem Bereich im vergangenen Jahr und diesem Anstieg im 110 Prozess, fehlen vorne und hinten Einsatzkräfte. Das ist der Ignoranz der Politik der letzten Jahrzehnte geschuldet. Wir haben immer wieder auf diese Auswirkungen von zu geringen Einstellungszahlen hingewiesen, nun haben wir das Problem, das sich nicht mehr schnell lösen lässt.“ so Soika weiter.

Auch die Zahlen im Bereich des Diebstahls sind nicht schönzureden. Das alles bindet zuerst Einsatzkräfte im 110-Prozess, die woanders fehlen und in der Folge belastet es dann die Kolleginnen und Kollegen der Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft. Zusammen mit stark gestiegenen Einsatzlagen durch Versammlungen und Sportveranstaltungen ist das schon jetzt nicht mehr alles zu-friedenstellend zu bewältigen.

Eine Belastung, die seit Jahren anhält und stetig wächst und die Einsatzkräfte auf Dauer krank macht.

Bernard Soika betont, dass die politisch Verantwortlichen aufhören sollen, Geld für Prestigeprojekte zu verschleudern und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ihres Bundeslandes nicht weiter gefährden dürfen. „Wir benötigen dringen Gelder für eine umfassende Digitalisierung, die derzeit nicht genügend zur Verfügung stehen. Damit könnten wir personalintensive Aufgaben bei der Polizei mindern und Arbeitsprozesse verschlanken, um das vorhandene wenige Personal effizient einzusetzen. Dazu muss es weitere Einstellungsoffensiven geben, derzeit werden nicht einmal die zugesagten Plätze gefüllt. Bremen ist im Vergleich zu den direkten Konkurrenten Niedersachsen und Hamburg deutlich unattraktiver in vielen Bereichen. Arbeitszeiten, Gehälter und der Ausbildungsstandort müssen auf den Prüfstand!“